

Niederschrift Nr. 56 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 20.04.2006

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:55 Uhr

Den Vorsitz führte: Ratsherr Richard Woldmer

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Beigeordneter Bernd Bornemann
Ratsherr Richard Janssen
Ratsfrau Marianne Pohlmann
Ratsherr Ihno Slieter
Ratsherr Richard Woldmer

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz
Ratsherr Herbert Buisker
Ratsherr Hinrich Odinga

FDP

Beigeordneter Erich Bolinius
Beigeordnete Hillgriet Eilers
Ratsherr Franz Melles

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken für Ratsherrn Wulf-Dieter Stolz

Beratende Mitglieder

Herr Horst von Fehren (bis 18:00 Uhr)
Herr Gustavo Mejia Yepes
Herr Richard Lüppen
Herr Helmut Zimmermann

Von der Verwaltung

Stadtbaurat Andreas Docter
FB-Leiter 400 Wolfgang Münch
FD-Leiter 361 Ulrich Fortmann
Stv. FBL 300 Rainer Kinzel
Protokollführerin Agnes Rauch

Gäste

2 Vertreter der örtlichen Presse
2 Besucher

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Woldmer eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Niederschrift Nr. 56 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 20.04.2006

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Docter erklärt, durch ein Versehen sei unter Tagesordnungspunkt 10 ein Antrag der CDU-Fraktion vom 20.03.2006 zur Busspur aufgenommen worden. Hierbei handele es sich jedoch um eine Anfrage, die bereits beantwortet sei. Er bitte darum, diesen Punkt zu streichen.

Gegen die geänderte Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 55 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 22.03.2006

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 55 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 22.03.2006 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es liegen keine Fragen vor.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14/2111-00
54. Änderung des Flächennutzungsplanes (Flugplatz Emden);
- Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
(Stadium I)

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 werden gemeinsam behandelt.

Herr Fortmann trägt vor, dieses Projekt sei in die Zukunft gerichtet. Aber es sei durchaus sinnvoll, schon heute planerisch Flächen zur Verfügung zu stellen bzw. den Bauleitplan vorzubereiten. Die Flugplatz Emden GmbH wolle die Möglichkeit schaffen, um flugplatzrelevante Nutzungen in Nähe des Flugplatzes unterzubringen, um Erweiterungsflächen bereitzustellen

Herr Fortmann stellt anhand einer Folie den Geltungsbereich aus dem Flächennutzungsplan dar, der geändert werden müsste. Ziel sei es, der Flugplatz Emden GmbH Bauflächen bereitzustellen z. B. für Offshore-Logistik oder für die Unterbringung von Frachtgütern, Luftgütern und flughafenbezogenes Kleingewerbe. Darüber hinaus sollte die Möglichkeit geschaffen werden, neue Flugzeughallen aufzustellen.

Herr Bongartz erklärt, seitens der CDU-Fraktion werde dieses Vorhaben sehr begrüßt. Gerade auch im Hinblick auf den geplanten Windpark in der Nordsee werde ein immenser Bedarf am Hubschrauberverkehr entstehen. Denn die dort erwarteten Plattformen würden auf See mit der Hubschraubertechnik versorgt werden. Aus diesem Grunde sei es von großer vorausschauender Sicht seitens der Verwaltung und der Flugplatz Emden GmbH, schon jetzt planungsrechtlich alles aufzubereiten.

Niederschrift Nr. 56 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 20.04.2006

Auch **Herr Bornemann** befürwortet die vorausschauende Planung und die Entwicklung des Flugplatzes im Zusammenhang mit Offshore. Seiner Meinung müsse jedoch sichergestellt werden, dass dort lediglich flugplatzrelevantes Gewerbe untergebracht werde.

Herr Bolinius begrüßt ebenfalls die hier auf den Weg gebrachte Entwicklung. Er bemerkt aber, die Umsetzung werde so schnell nicht erfolgen können, da dazu Geld benötigt werde, welches im Moment nicht vorhanden sei. Dennoch sei die Planung positiv zu bewerten.

Herr von Fehren fragt an, ob bei dieser Planung auch die Verlängerung des Wanderwegs am Kanal in Richtung Tütelborg berücksichtigt sei.

Herr Renken erklärt, er sehe es auch so, dass hierdurch eine Option für die zukünftigen Entwicklungen nicht nur im Offshore-Bereich geschaffen werde.

Weiter erkundigt er sich, ob auch die möglichen Lärmentwicklungen berücksichtigt worden seien, denn mit dieser Planung sei auch die Erwartung steigender Flugverkehre verbunden. Auch stelle sich die Frage, inwieweit sich die Planungen auf die Bevölkerung in der Umgebung und auf die Natur auswirken könnten. Hier liege man in einem sehr sensiblen Bereich, der auch FFH-Gebiet sei.

Herr Melles erkundigt sich, was grundstücksrechtlich eine Sukzessionsfläche sei und wem diese gehöre.

Herr Fortmann erläutert, man befinde sich zu Beginn des Verfahrens. Somit bestehe die Möglichkeit, im Bauleitplanverfahren eine Parzelle festzusetzen, dass ein Wanderweg planerisch vorgehalten werde. Ob er dann auch umgesetzt werde, sei aber eine andere Frage. Jede Privatperson wie auch der Stadtteilbeirat habe die Möglichkeit, eine Stellungnahme abzugeben. Anschließend entscheide dann der Rat, ob an dieser Stelle ein Weg entstehe oder nicht.

Bezüglich des Eingriffs in Natur und Landschaft handele es sich um einen normalen Prozess, wobei der Eingriff bilanziert werden müsse. Auch seien neue Ausgleichsflächen zur Verfügung zu stellen. Dieses könne einerseits bereits im Geltungsbereich geschehen, andererseits werde es auch außerhalb des Geltungsbereiches geschehen. Dazu werde aber zurzeit ein Gutachten erarbeitet.

Bei der Sukzessionsfläche handele es sich um eine Fläche, die brach liegengelassen und der natürlichen Folge überlassen werde. Diese Fläche müsse in diesem Fall dann neu ausgeglichen werden. Im übrigen gehöre sie der Stadt Emden.

Herr Docter erklärt, der Flugverkehr sei durch den Planungsbeschluss erledigt. Hier rede man über zusätzliche gewerbliche Ansiedlungen. Der Flugplatz habe eine Beschränkung dahingehend, dass es eine 14-tonnige Belastungsbegrenzung der Maschinen gebe. Seiner Ansicht nach habe man lärmtechnisch sogar eine positive Veränderung, da die gewerblichen Gebäude auch eine schallabwirkende Funktion hätten.

Herr Renken bittet um Auskunft, ob die Flugplatz Emden GmbH die Grundstücke von der Stadt Emden käuflich erwerben wolle.

Herr Docter antwortet, dieser Beschluss diene dazu, das Verfahren in Gang zu bringen und der Flugplatz Emden GmbH ein Signal zu geben, dass die Stadt Emden dieses Verfahren bauleitplanerisch auf den Weg bringe. Die Grundstücksangelegenheiten müssten noch im Detail ausgehandelt werden. Es mache natürlich Sinn, dass diese Flächen zur Flugplatz GmbH kämen. Grundstücksfragen würden jedoch erst am Ende des Verfahrens geregelt werden, wenn die Planung abgeschlossen sei.

Niederschrift Nr. 56 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 20.04.2006

Herr Bornemann fügt hinzu, er gehe davon aus, dass nicht zwangsläufig jedes Gebäude von der Flugplatz Emden GmbH genutzt werden müsse. Es könnte seiner Meinung nach auch möglich sein, dass fremde Firmen dort ein Grundstück erwerben und bebauen würden.

Herr Docter entgegnet, man müsse abwarten, wie es sich entwickle. Es handle sich hier um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan, der natürlich sehr investorenabhängig sei.

- Beschluss:
1. Das Verfahren zur 54. Änderung des Flächennutzungsplanes wird durchgeführt. (Der Geltungsbereich ist in der Anlage zur Vorlage 14/2111-00 dargestellt.)
 2. Der Vorentwurf zur 54. Änderung des Flächennutzungsplanes wird im Zuge der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB für die Dauer von 3 Wochen öffentlich ausgestellt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 6 Vorlage 14/2112-00
Vorhabenbezogener Bebauungsplan D 149 (Flugplatz Emden);
- Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
(Stadium I)

- Beschluss:
1. Das Verfahren zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes D 149 wird durchgeführt.
Der Geltungsbereich des Planes liegt im Stadtteil Harsweg und umfasst die Flächen Flurstücke 51/2, 51/9, 51/14 (teilweise), 51/25, 51/29 (teilweise), 51/34 (teilweise), 52/8 (teilweise), 52/9, 52/11 (teilweise), 53/4, 53/5 (teilweise), 54/3, 54/4, 54/5 (teilweise), 96/55 der Gemarkung Emden, Flur 7.
Der Geltungsbereich des Bauleitplanes ist zudem in der Anlage der Vorlage 14/2112-00 dargestellt.
 2. Der Vorentwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan D 149 wird im Zuge der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB für die Dauer von 3 Wochen öffentlich ausgestellt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 7 Vorlage 14/2113-00
Startnotiz über eine Umweltverträglichkeitsprüfung für die Errichtung eines LNG-Terminals in Eemshaven;
- Stellungnahme der Stadt Emden zur Auslegung der Startnotiz

Die Tagesordnungspunkte 7, 8 und 9 werden gemeinsam beraten.

Herr Bolinius bittet mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die Umweltdaten der niederländischen Industriebetriebe der Stadt Emden vorzulegen seien.

Herr Kinzel führt aus, es gäbe ein EU-Projekt von der Ems-Dollart-Region, grenzüberschreitende Messungen der Luftgütequalitäten durchzuführen. Dieses Projekt koste 240.000 € und die Stadt Emden beteilige sich mit 5.300 € an diesem Vorhaben. Ziel sei es, von externen Ingenieurbüros aus deutschen sowie niederländischen Bereichen die Emissionsquellen zu erfassen und eine Transparenz der Emissionssituation zu bekommen. An diesem Projekt,

Niederschrift Nr. 56 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 20.04.2006

welches von der Provinz Groningen angeschoben worden sei, beteiligten sich auf deutscher Seite die Landkreise Aurich, Leer und die Stadt Emden. Die Laufzeit betrage 2 ½ Jahre.

Herr Renken bedankt sich für diese Mitteilung, denn sie passe sehr gut zu diesen drei Punkten. Seiner Ansicht nach finde auf der niederländischen Seite derzeit zumindest auf planerischer Ebene eine Entwicklung statt, bei der von hier aus überhaupt noch nicht abzuschätzen sei, wie sie sich auf die Gesamtbelastung der Region auswirke und inwieweit die Reinluftregion Ostfriesland auf Dauer noch Bestand haben werde. Es sei weniger interessant, sich mit den einzelnen Projekten zu beschäftigen, die nach Recht und Gesetz abgewickelt würden, sondern man müsse die Gesamtentwicklung bilanzieren und daraus auch Schlussfolgerungen ableiten.

Herr Bongartz ist auch der Meinung, dass es hier nicht um Einzelfälle gehe, sondern um die Summe der verschiedenen Ansiedlungen. Es würde jetzt zwar ein EU-Projekt durchgeführt werden und in 2 ½ Jahren lägen die Ergebnisse vor. Doch sei er der Ansicht, dass zu diesem Zeitpunkt in den Niederlanden alle Objekte wie die Müllverbrennungsanlage, das Kunstfaserwerk und der Flüssigkeitsterminal fertiggestellt worden seien. Auf der niederländischen Seite entstehe so etwas wie Bayer Leverkusen und hier habe man die Wohnstube des Tourismusses. Aus diesem Grunde müsse man diesbezüglich unbedingt Kontakt mit den Niederländern aufnehmen. Er erinnert an einen Besuch eines Ausschusses vor ca. vier Jahren in den Niederlanden. Dort habe der Bürgermeister zu verstehen gegeben, dass jedes Jahr eine neue Fabrik entstehen würde und daran halte man sich dort. Von daher beruhige ihn das EU-Projekt nicht.

Herr Odinga erklärt, er werde den Beschlussvorlagen nicht zustimmen, da diese Anlagen nur wenige Kilometer von Emden entfernt seien. Außerdem schlage er vor, in den Stellungnahmen das Wort „sollte“ gegen das Wort „müsse“ auszutauschen.

Herr Bolinius ist der Meinung, dass es keine andere Möglichkeit gäbe, als eine Stellungnahme abzugeben, wenn man ernst genommen werden möchte.

Herr Docter führt aus, man befinde sich hier in rechtmäßigen Verfahren, die nach EU-Recht und nach deutschem und niederländischem Recht ähnlich gelagert seien. Es nütze nichts, das Projekt abzulehnen. Man könne lediglich im Verfahrensrecht für die eigentliche Umweltverträglichkeitsuntersuchung anhand der Projektskizze festlegen, was untersucht werden solle. Dieses habe der Fachdienst Umwelt im Wesentlichen aufgeschrieben. Die Möglichkeit einer Ablehnung habe man nicht.

Ferner erklärt er, in diesem Zusammenhang müsse man sich natürlich immer die Frage stellen, ob es ein Antragsrecht oder auch einen Genehmigungshintergrund geben würde. Der Genehmigungshintergrund werde am Ende festgestellt, wenn das Verfahren beendet sei. Dann habe man auch ggf. die Möglichkeit, dagegen etwas zu tun. Einen anderen Weg würde es nicht geben.

Weiter führt Herr Docter bezüglich der Luft aus, von den Obergrenzen sei man hier noch sehr weit entfernt. Außerdem sei er erfreut, wenn es heiße, Erweiterung oder Änderung einer Anlage, denn das bedeute, dass diese an den aktuellen Standards angepasst würde.

Herr Kinzel ergänzt, in einer Luftgüteuntersuchung, die durch die Fachhochschule durchgeführt und bereits im Ausschuss vorgestellt worden sei, sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass die Luft in und um Emden ausgesprochen gut sei. Ebenso zeigten die vorliegenden niederländischen Emissionsgutachten keine Auswirkungen auf den hiesigen Luftraum. Auch in den Niederlanden gäbe es Grenzwerte, die EU-angepasst seien.

Niederschrift Nr. 56 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 20.04.2006

Weiter erklärt er, die Verwaltung achte und dränge immer darauf, dass die in der Umweltverträglichkeitsprüfung genannten Punkte auch abgearbeitet und in den Genehmigungsbescheid einfließen würden. Wenn dieses nicht der Fall sein sollte und erhebliche Bedenken vorlägen, habe man die Möglichkeit, gegen diesen Bescheid zu klagen und könne somit versuchen, das Projekt zu verändern und evtl. zu verhindern. So lange sich jedoch alles in einem rechtlich und fachlich ordentlichen Rahmen bewege, habe man letztlich wahrscheinlich geringe Möglichkeiten dagegen und müsse der Umwelttechnik vertrauen.

Herr Bornemann stellt heraus, dass seine Fraktion den Stellungnahmen zustimmen würden, da alle Punkte angesprochen worden seien. Von daher sei alles bei diesen Einzelprojekten auch gewährleistet.

Herr Bongartz stellt fest, auch er werde den Vorlagen zustimmen, da die Stellungnahmen der Verwaltung zum einen in Ordnung seien und zum anderen man keine andere Wahl habe. Wenn schon die Möglichkeit gegeben sei, sich dazu zu äußern, dann sollte man es auch tun. Trotzdem sollte man sich Gedanken machen, was auf der anderen Seite alles passiere und ob irgendwann ein Ende abzusehen sei. Auch wenn alles den Vorschriften entsprechen würde, müsse man feststellen, dass auf der niederländischen Seite ein riesiges Industriegebiet entstehe.

Herr Renken betont, wenn die jetzigen Gutachten sagten, dass man hier relativ geringe Luftbelastungen habe, dann müsste dieses zunächst einmal durch andere Untersuchungen widerlegt werden. Es gehe hier nicht um den Ist-Zustand, sondern darum, inwieweit sich künftige Entwicklungen auf die Qualität von Luft, Wasser und Wattenmeer auswirken könnten.

Er begrüßt die gemeinsame Untersuchung aller Schadstoffe, stellt aber fest, dass die jetzigen Methoden offenbar nicht ausreichen würden. Ebenso sei es richtig, auf jeden Fall eine Stellungnahme mit allen kritischen Punkten abzugeben, auch wenn man gegen ein einzelnes Projekt sei. Abschließend schlägt Herr Renken vor, die Diskussion um die Errichtungen der Werke erneut zum Anlass zu nehmen, Gespräche sowohl mit den politischen Verantwortlichen als auch mit den Projektbetreibern in den Niederlanden zu führen.

Frau Eilers bemerkt, im Grunde genommen wollte sie die selbe Anregung geben und schlägt vor, eine verantwortliche Person in eine Stadtentwicklungsausschuss-Sitzung einzuladen. Jedoch sei sie der Ansicht, dass das EU-Verfahren durchaus eine zusätzliche Maßnahme sei und keinesfalls zeige, dass das Bisherige nicht ausreichend sei. Hier solle man in der Bewertung um die turnusmäßigen Untersuchungen vorsichtig sein.

Herr Docter erläutert, um einen kompetenten Gesprächspartner aus den Niederlanden zu haben, sollte eine Person aus der Provinz Groningen eingeladen werden. Er sagt zu, dass der Fachdienst Umwelt versuchen werde, entsprechenden Kontakt aufzunehmen.

Beschluss: Die der Vorlage 14/2113-00 als Anlage beigefügte Stellungnahme der Stadt Emden wird beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 010
Dagegen: 001
Enthalt.: 000

Niederschrift Nr. 56 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 20.04.2006

Punkt : 8 Vorlage 14/2114-00
Startnotiz über eine Umweltverträglichkeitsprüfung für die Erweiterung des Kunstfaserwerkes Teijin Twaron BV in Delfzijl;
- Stellungnahme der Stadt Emden zur Auslegung der Startnotiz

Beschluss: Die der Vorlage 14/2114-00 als Anlage beigefügte Stellungnahme der Stadt Emden wird beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 010
Dagegen: 001
Enthalt.: 000

Punkt : 9 Vorlage 14/2115-00
Startnotiz über eine Umweltverträglichkeitsprüfung für die Errichtung eines Müllheizkraftwerkes in Delfzijl;
- Stellungnahme der Stadt Emden zur Auslegung der Startnotiz

Beschluss: Die der Vorlage 14/2115-00 als Anlage beigefügte Stellungnahme der Stadt Emden wird beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 010
Dagegen: 001
Enthalt.: 000

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 10 Vorlage 14/1978-03
Busspur;
- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.03.2006

Ergebnis: Dieser TOP wird abgesetzt.

Punkt : 11 Vorlage 14/2078-00
Solargerechtes Planen und Bauen fördern;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.01.2006

Herr Renken erklärt, sein Antrag sei eine Weiterführung des Antrages, den die CDU-Fraktion vor einiger Zeit gestellt habe. Er bittet die Verwaltung, ihre Stellungnahme zu erläutern, bevor er diese kommentieren würde.

Herr Docter führt aus, die Stadt Emden habe eine Grundausrichtung in regenerativen Energien. Das sei sicherlich für die Politik, Verwaltung und für viele Bürger selbstverständlich. Die Frage sei jedoch der Weg. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei aus Sicht der Verwaltung in vielen Dingen sehr restriktiv, bedeute in der Umsetzung und der Verfolgung hohe Auflagen und greife massiv in die Ökonomie des Haushalts der Stadt Emden ein.

Anschließend geht Herr Docter auf die einzelnen Punkte der Stellungnahme der Verwaltung in der Beschlussvorlage ein und erläutert diese ausführlich im Einzelnen.

Niederschrift Nr. 56 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 20.04.2006

Frau Eilers ist der Ansicht, dass es neben der Förderung der regenerativen Energie auch ein wichtiges Ziel sein müsse, Emden und Auswärtige einzuladen, in Emden zu bauen. Aus diesem Grunde müsse auch eine größtmögliche Baufreiheit gewährt werden, um individuelle Vorstellungen verwirklichen zu können. Weiter bemerkt sie, es sei natürlich sinnvoll, Anreize zu schaffen. Aus diesem Grunde würde sie vorschlagen, eine Art Maßnahmenkatalog auszuarbeiten. Abschließend erklärt sie, dass ihre Fraktion der Argumentation der Verwaltung folge und den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht befürworte.

Herr Renken stellt fest, dass die Verwaltung in ihrer Stellungnahme durchaus in einigen Stellen seinem Antrag gefolgt sei. Daher sei er überzeugt, dass der eingeschlagene Weg, zunächst einmal grundsätzlich richtig sei. Er erinnere daran, dass die Stadt sich selbst verpflichtet habe, über einen Beschluss zur lokalen Agenda 21 die Nachhaltigkeitsprinzipien zu erfüllen und sowohl ökonomische, ökologische und auch soziale Aspekte zu einem Gesamtentwicklungskonzept zu integrieren. Daher sei er verwundert, dass eine ökonomische Erschließung Vorrang vor der Ausrichtung der Gebäude habe und somit kein Gleichklang von Ökonomie und Ökologie vorhanden sei.

Er weist darauf hin, dass seine Fraktion in dem Antrag keine konsequente Südausrichtung vorgeschlagen habe, sondern eine Bandbreite von Anordnungen, die eine wirtschaftliche Nutzung auch von thermischen Solaranlagen ermögliche. Außerdem gäbe es den Hintergrund, dass es sich um Vorschläge handele, die im Land Niedersachsen im Rahmen des landesweiten Agenda-Prozesses eingebracht und die über Broschüren des Landes seinerzeit in die Kommunen hineingetragen worden seien.

Weiter führt er aus, andererseits sei auch der Vorschlag, einen ökonomischen Anreiz über den Preisnachlass zu gewähren, Inhalt seines Antrages gewesen. Er begrüße es, dass die Verwaltung diesen Vorschlag aufgreifen werde. Außerdem habe er sich darüber gefreut, dass in der Verwaltung nunmehr die grundsätzliche Bereitschaft vorhanden sei, thermische Solaranlagen auf neu zu bauende Schulgebäude zu setzen. Aufgrund der Verteuerung von Gas und Öl sei es lohnenswert, diesen Weg zu beschreiten.

Abschließend bemerkt er, wenn ein Ausschreibungsverfahren gewählt werde, sollte darauf geachtet werden, dass nicht voreilig Dinge durchzuführen seien, sondern, dass auch Raum gelassen werde, für Bürgersolaranlagen im Bereich Photovoltaik, so wie es auch beim Bürgerwindpark möglich gewesen sei. Er ist der Ansicht, dass es nötig sei, die Kriterien für eine solche Ausschreibung auf der politischen Ebene mitzudiskutieren, weil nicht nur der ökonomische Aspekt für das Gebäudemanagement wichtig sei, sondern auch die Frage des Bürgerengagements. So dürfe auch nicht die Situation entstehen, dass ein auswärtiger Investor den kompletten Zugriff auf die Dachflächen habe und keine Eigeninitiative in der Stadt in dieser Hinsicht mehr möglich sei. Aus diesem Grunde schlage er den anderen Fraktionen vor, sich politisch zu beraten.

Herr Bongartz führt aus, seine Fraktion habe die Beantwortung ihres damaligen Antrages zum Anlass genommen, seitens des CDU-Kreisverbandes auf dem nächsten Landesparteitag einen Antrag einzubringen: Dabei gehe es um das Niedersächsische Baurecht, welches in einigen Bereichen von anderen Ländern abgelehnt werde.

Er erklärt weiter, sicherlich sei der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in vielen Teilen vernünftig. Jedoch sei man sich in der Fraktion einig gewesen, eine so weitreichende Entscheidung in dieser Wahlperiode nicht mehr zu treffen und dieses dem neuen Rat zu überlassen, der dann dieses Thema wieder aufnehme und eine neue Regelung schaffe.

Herr Bornemann bemerkt, auch seine Fraktion stehe eindeutig hinter dem Grundsatz, dass solargerechtes Planen und Bauen gefördert werden müsse. Jedoch würde sie sich ebenfalls

Niederschrift Nr. 56 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 20.04.2006

nicht in der Lage sehen, dem Wortlaut des Antrages der Grünen in seiner Gänze zuzustimmen. Er schlägt vor, einzelne Punkte noch weiter zu diskutieren.

Herr Lüppen regt an, eine Fibel zu entwickeln, wo u. a. auch Energieeinsparungsmöglichkeiten vorgestellt würden, und diese den Bauwilligen zur Verfügung zu stellen.

Herr Docter antwortet, im Prinzip seien diese Informationen überall gängig vorhanden. Insbesondere würden Hinweise und Auskünfte zum Punkt Energie im Informationszentrum der Stadtwerke angeboten.

Er erklärt weiter, er befürworte es, wenn dieser Antrag noch einen gewissen Prozess durchlaufen könne und sich im Zusammenhang mit den kommunalen Dächern vielleicht auch Bürgerinitiationen oder ähnliches bilden würden. Der Hintergrund hierbei sei, dass die Menschen das Verständnis dafür entwickeln müssten. Aus diesem Grunde müsse überlegt werden, wie dieses zu machen sei auch hinsichtlich des Ausschreibungsrechts der Kommunen, wo nicht einmal die kommunale Tochter Stadtwerke bevorzugt werden dürfe. Dieser Prozess werde noch ein bisschen Zeit in Anspruch nehmen, damit er sich entwickeln könne. Es sei seiner Meinung nach auch sehr wichtig, in diesem Rahmen über Dinge zu diskutieren, die auch in der Presse publik gemacht würden, damit die Menschen darauf aufmerksam würden.

Herr Renken berichtet, er habe bereits in verschiedenen Veröffentlichungen gelesen, dass es auf Bundesebene Bestrebungen gäbe, den Einbau von thermischen Solaranlagen gesetzlich zwingend vorzuschreiben. Dieses soll durch die Änderung der Bauordnung oder sogar durch das Baugesetzbuch erfolgen.

Bezüglich seines Antrages erklärt Herr Renken, er habe diesen gestellt, um hier einen Anstoß zu geben und diesen in einen Beratungsprozess münden zu lassen. Er sei jedoch der Auffassung, dass diese Diskussion durchaus noch vor der Sommerpause geführt werden könne.

Herr Woldmer fasst zusammen, dass die Mitglieder des Ausschusses der Ansicht seien, diese Vorlage an die Fraktionen zu verweisen und dann durch den Verwaltungsausschuss beschließen zu lassen.

Herr Docter begrüßt es, dass sich die Fraktionen interfraktionell beraten wollen. Er biete an, falls es notwendig sein sollte, auch den Sachverstand der Verwaltung zur Verfügung zu stellen, um in anderen Diskussionsformen Dinge erläutern zu können und Beweggründe herauszubringen.

Beschluss: Solargerechtes Planen und Bauen fördern.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

Punkt : 12 Vorlage 14/2101-00
Planungskonzept für die Verschwenkung der Ringstraße;
- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.03.2006

Herr Bongartz erklärt, es handele sich hierbei um ein Vorhaben, welches aufgrund des Umbaus des Bahnhofsvorplatzes immer verschoben worden sei. Da dieser nunmehr abgeschlossen sei, beantrage seine Fraktion erneut die Verlegung der Ringstraße. Er freue sich darüber, dass die Verwaltung im Prinzip den Antrag begrüße, weil es der richtige Weg sei, zukünftig Verkehrsströme anders zu lenken. Allerdings benötige man dazu eine Untersuchung, für die laut der Verwaltung kein Geld vorhanden sei. Da sich die Fraktionen im Vorfeld darüber einig gewesen seien, die Verwaltung die Verschwenkung der Ringstraße befür-

Niederschrift Nr. 56 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 20.04.2006

worte und so auch eine bessere Anbindung an das Parkhaus möglich sei, bitte er darum, einen Weg zu finden, um dieses Gutachten nun tatsächlich auf den Weg zu bringen.

Frau Eilers hält ein Gutachten im Grunde genommen auch für sinnvoll. Jedoch müsse überlegt werden, woher die 30.000 € kommen sollten. Sie habe im Jahre 2002 an den damaligen Stadtbaurat geschrieben und angeregt, die Parkhauszufahrt an die Ringstraße anzuschließen. Daraufhin habe sie die Antwort bekommen, dass dieses grundsätzlich keine schlechte Idee sei, man jedoch abwarten und dann bewerten wolle. Nun seien 3 ½ Jahre vergangen und man sollte nun darüber nachdenken, ob diese kleine Lösung zunächst einmal möglich wäre, um die Ringstraße zu entlasten und das Parkhaus attraktiver zu machen.

Herr Bornemann führt aus auch seine Fraktion sei der Meinung, dass es sinnvoll sei, die Ringstraße zu verschwenken, da dann auch eine Ampelkreuzung wegfallende und somit zu einer Beschleunigung und besseren Verkehrsführung führen könne. Ihm erscheine jedoch der Betrag in Höhe von 30.000 € für die Untersuchung einer einzigen Kreuzung relativ hoch. Hinsichtlich der kleinen Lösung habe er die Bedenken, dass die Autofahrer den Weg am Parkhaus vorbei als Schleichweg in Richtung Larrelt nehmen würden. Dazu sei die Straße nicht leistungsfähig genug. Aus diesem Grunde sollte man die große Lösung anstreben und diese vorab untersuchen lassen.

Herr Docter führt aus, dieses Gutachten sei aus dem Vermögenshaushalt zu bezahlen, der wesentlich begrenzter sei als der Verwaltungshaushalt. Es handele sich hierbei um ein relativ teures Gutachten, da durch die Bahnbrücke eine besondere bauliche Situation vorhanden sei. Aufgrund der Fahrspurendynamik sei man auch auf die technischen Fachleute angewiesen. Bezüglich der kleinen Lösung habe Herr Bornemann schon richtigerweise festgestellt, dass dort der Durchgangsverkehr verhindert werden müsse. Auch gäbe es dort einen rechtskräftigen Bebauungsplan, der den Gebäuden an der Abdenastraße und Ringstraße einen gewissen Schutzcharakter zukommen lasse. Falls später an dieser Stelle eine Straße geplant würde, müsste dieser dafür geändert werden. Abschließend erklärt er, wenn Geld für eine Verschwenkung der Ringstraße vorhanden wäre, könnte diese Maßnahme durchgeführt werden. Leider sei aber dafür kein Geld vorhanden.

Herr Renken ist verwundert darüber, dass der Antrag der CDU-Fraktion überhaupt notwendig gewesen sei. Seine Fraktion habe im Jahre 2003 einen Antrag gestellt und der Stadtentwicklungsausschuss habe daraufhin am 27.05.2004 in einem abweichenden Beschluss einstimmig und sehr eindeutig beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, die Voraussetzungen der Verschwenkung der Ringstraße vor dem Parkhaus entlang zu schaffen. Da auch der Verwaltungsausschuss ebenso einstimmig beschlossen habe, sei damit im Grunde genommen ein klarer Auftrag an die Verwaltung definiert worden, der allerdings seit zwei Jahren nicht umgesetzt worden sei und für den auch keine Haushaltsmittel bereit gestellt worden seien.

Er führt weiter aus, seiner Ansicht nach sei dieses ein Fall von Auftragsverweigerung. Seine Fraktion bleibe bei dem Beschluss, der seinerzeit gefasst worden sei und wünsche sich, dass dieser nun auch entsprechend abgearbeitet werde.

Beschluss: Die Verwaltung der Stadt Emden soll ein Planungskonzept für die Verschwenkung der Ringstraße parallel zum Parkhaus entwickeln.

Auf den der Vorlage 14/2101-00 als Anlage beigefügten Antrag wird verwiesen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 56 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 20.04.2006

Punkt : 13 Vorlage 14/2110-00
Haltegriffe an Ampeln;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.03.2006

Frau Eilers ist erfreut über das Anbringen der Haltegriffe an Ampeln. Es sei eine kleine Maßnahme, die eine große Wirkung zeigen werde. Sie fragt an, ob es sich bei den jetzt genannten 13 Orten um eine Testphase handle und ob anschließend noch mehr Griffe angebracht würden. Ihrer Ansicht nach wäre es auch ein guter Standort, an der Kreuzung Auriacher Straße/Geibelstraße solche Griffe anzubringen. Weiterhin erkundigt sie sich, inwieweit in werbewirksamen Maßnahmen im Bezug auf den Radverkehr darauf verwiesen werde.

Herr Kinzel erklärt, vor einiger Zeit sei eine begrenzte Anzahl von Griffen bestellt worden, um auszuprobieren, wie sie angenommen und funktionieren würden. In der Verkehrskonferenz sei darüber gesprochen worden, an welchen Punkten diese Griffe zunächst auszuprobieren seien, damit es keine Probleme mit anderen Verkehrsteilnehmern gäbe. Die ersten Griffe sollen in der nächsten Woche vom Bau- und Entsorgungsbetrieb montiert werden. Wenn sie gut angenommen würden, müsse man überlegen, weitere Punkte zu bestücken.

Weiter führt er aus, die Geibelstraße sei beim ersten Anlauf noch nicht dabei, da es dort Probleme mit dem starken Radverkehr aus der Nord-Süd-Richtung und der Ost-West-Richtung geben würde. Man wolle es zunächst an anderen Stellen ausprobieren, ob es funktioniere.

Herr Renken hält diese Maßnahme für einen wesentlichen Baustein zur radfahrerfreundlichen Stadt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 14 Vorlage 14/2116-00
Konzept zur Neugestaltung des Katerganges;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.04.2006

Herr Bolinius erklärt, bereits im Jahre 2001 habe er einen solchen Antrag gestellt. Damals sei mit Stimmenmehrheit beschlossen worden, den Katergang neu zu gestalten. Jedoch sei in den vergangenen fünf Jahren nichts passiert. Der Katergang, der sich mitten in der Innenstadt befinde, sei in einem sehr schlechten Zustand, sodass dort etwas passieren müsse.

Herr Fortmann erwidert, in Zusammenhang mit dem Stadtgarten würde sich die Verwaltung mit dieser Planung im Sommer intensiv beschäftigen, sodass dort Abhilfe geschaffen werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 15 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Fällung einer Linde im Bereich der Kunsthalle

Herr Kinzel teilt mit, aufgrund der Umgestaltung im Außenbereich der Kunsthalle sei eine Linde gefällt worden. Da dieser Baum durch den Bebauungsplan festgesetzt gewesen und durch die Baumschutzsatzung geschützt sei, seien entsprechende Befreiungen erteilt worden und es werde als Kompensation dafür im Bereich des Neuen Theaters sowie entlang des Steinweges Ersatz gepflanzt.

Niederschrift Nr. 56 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 20.04.2006

2. Radverkehrsförderung in Betrieb und Verwaltung

Herr Kinzel berichtet, anlässlich der Emdener Energietage werde ein Vortrag zum Thema „Radverkehrsförderung in Betrieb und Verwaltung“ stattfinden. Die Referentin sei Frau Dipl. Ing. Mechthild Stiewe aus Nordrhein-Westfalen. Einladungen dazu würden ausliegen.

3. Platzgestaltung im Bereich des Bunkerwandbildes

Herr Kinzel erklärt, im Bereich des Bunkerwandbildes gegenüber der á Lasco-Bibliothek sei das bereits im Jahre 2002 begonnene Agenda-Projekt weiterentwickelt worden. Er erläutert anhand eines Lageplanes, dass das durch die niedersächsische Umweltlotterie co-finanzierte Wandmalbild nunmehr durch Beleuchtungsmasten angestrahlt werden solle, die die Option besitzen würden, auch die Fassade der Großen Kirche mit anzuleuchten. Weiterhin würden zwei Bäume gepflanzt werden. Dazu konnten Fördermittel von der Firma Fielmann eingeworben werden. Darüber hinaus habe man vom Bingo-Lotto für die weitere Platzgestaltung und für die Erstellung von Informationsmaterial 6.500 € eingeworben.

Herr Fortmann ergänzt, dass die geplanten Bänke, Masten, Papierkörbe und Poller den gleichen Farbton wie die Fenster der á Lasco-Bibliothek erhalten sollen, damit dieses eine Einheit bilde.

Punkt : 16 Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

Herr Fortmann erklärt, derzeit würde zusammen mit der Arbeitsgruppe Städtebau, dem Beirat und dem Projektteam die Modernisierungsrichtlinie erarbeitet werden. Es werde angestrebt, im nächsten Stadtentwicklungsausschuss diese Richtlinie vorzustellen, um dann verstärkt in die Modernisierung eintreten zu können.

Punkt : 17 Anfragen

1. Reinigung der Grachten im Stadtteil Constantia

Herr Bongartz weist darauf hin, dass bei der letzten Ausbaggerung der Grachten im Stadtteil Constantia zwei kleine Bereiche nicht berücksichtigt worden und mittlerweile soweit versandet seien, dass dort nur noch max. 10 cm Wasser vorhanden sei. Er erkundigt sich, ob eine Ausbaggerung dieser beiden Reststücke geplant sei.

Herr Docter antwortet, er werde diese Anfrage an den BEE weitergeben, da dieser für die Unterhaltung zuständig sei.

2. Prioritätenliste für den Straßenbau

Herr Buisker bittet um Hergabe einer „Prioritätenliste“ für den Straßenbau.

Herr Docter entgegnet, es bestehe eine Liste von Straßen, die als dringend sanierungsbedürftig angesehen würden. Gerade durch die Wintermonate verändere sich häufig die Priorität aus der Verkehrssicherheit heraus.

3. Brombeersträucher in der Jahnstraße

Herr Bolinius macht darauf aufmerksam, in der Jahnstraße würden Brombeersträucher über den Fußweg wachsen, die dringend zurückgeschnitten werden müssten.

Niederschrift Nr. 56 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 20.04.2006

Herr Docter bemerkt, bereits im Verwaltungsausschuss am 13.03.2006 sei hierauf hingewiesen worden. Er sei sich jedoch nicht sicher, ob bereits eine Antwort erfolgt sei. Da es sich um ein Privatgrundstück handele, sei bereits Kontakt mit dem Grundstückseigentümer aufgenommen worden. Jedoch müsse jedem Bürger, der eine Anhörung erhalte, dementsprechend Zeit zur Stellungnahme gegeben werden.

4. Verkauf der Gebäude Neptunhaus, Wöchnerinnenheim und Veterinäramt

Herr Bolinius erklärt, er habe der Presse entnommen, dass die Gewoba die Gebäude Neptunhaus, Wöchnerinnenheim und Veterinäramt vermieten oder verkaufen wolle. Er fragt an, wo dieses beschlossen worden sei.

Herr Docter führt aus, die Gewoba helfe der Stadt Emden lediglich beim Verkauf dieser Gebäude.

5. „Sprechende“ Papierkörbe

Herr Bolinius erkundigt sich, ob in Emden schon einmal über „sprechende“ Papierkörbe nachgedacht worden sei, so wie es welche z. B. in Aurich gäbe. Da diese gesponsert würden, entstünden der Stadt keinerlei Kosten.

Herr Docter bemerkt, „sprechende“ Papierkörbe seien ihm nicht bekannt. Er werde sich aber erkundigen.

6. Lärm der Eisenbahnbrücke

Frau Eilers trägt vor, in der Presse hätten sich Wohnmobiltouristen zwar über die Situation am Binnenhafen ganz begeistert geäußert. Jedoch beklagten sie sich über den Lärm der Eisenbahnbrücke. Sie erkundigt sich, ob hier eine Dämmung bereits vorgenommen worden sei.

Herr Docter weist darauf hin, dass es an der Eisenbahnbrücke eine deutlich veränderte Geräuschkulisse gäbe. Es ließen sich jedoch nicht alle Geräusche beseitigen, so habe z. B. ein leerer Autozug eine sehr hohe Eigengeräuschkulisse. Weiterhin habe auch die Untersuchung zum Bebauungsplan Wasserstadt nie eine Überschreitung der Lärmsituation ergeben.

7. Geruchsbelästigungen im Gymnasium am Treckfahrtstief

Herr Lüppen bittet um Auskunft, wann die neu geschaffenen Klassenräume am GaT wieder nutzbar seien.

Herr Docter entgegnet, unmittelbar vor den Osterferien sei dieses Geruchsproblem an die Verwaltung herangetragen worden. Das Chemische Untersuchungsamt habe sofort mit den Untersuchungen begonnen. Mit diversen Untersuchungen habe man herausgefunden, dass es sich um Kohlenwasserstoffe handele. Es werde dort mit Hochdruck gearbeitet, sodass ein Ergebnis Anfang bis Mitte nächster Woche erwartet werde. Die Schwierigkeit läge darin, die Ursachen zu finden. Es könne sich hierbei auch um einen chemischen Prozess handeln, der durch das Aufeinandertreffen von zwei Stoffen ausgelöst worden sei.

8. Radverkehr in der Eggenstraße

Herr Renken erinnert darin, dass angekündigt worden sei, in diesem Frühjahr den Versuch des gegenläufigen Radverkehrs in den Einbahnstraßen durchzuführen. Er erkundigt sich nunmehr nach dem Sachstand.

Niederschrift Nr. 56 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 20.04.2006

Herr Docter sagt eine Beantwortung durch das Protokoll zu.

Herr Bornemann ergänzt, bei der Fahrradtour sei seinerzeit auch besprochen, dass vorher die Art des Versuches konkret vorgestellt werden sollte. Dieses halte er bei der komplizierten Lage dort auch für erforderlich.

Anmerkung der Protokollführung:

Die Vorgespräche für die Einrichtung der Testphase sind abgeschlossen. Die entsprechenden Gelbmarkierungen werden in der 19. und 20. Kalenderwoche aufgebracht.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.